



Ein Unternehmen der NBank

Kapitalbeteiligungsgesellschaft  
Niedersachsen mbH (NKB)  
Günther-Wagner-Allee 12-16  
30177 Hannover

## Antrag auf Übernahme einer NBeteiligung

über EUR \_\_\_\_\_

### Nicht vom Antragsteller auszufüllen

Eingangsstempel (falls auf Begleitschreiben,  
genügt hier eine Bestätigung der Annahmestelle)

SER

ÜR

8

Antragsnummer

AGVO

MEO-Test

De-Minimis-VO

8

Antragsnummer

Private Kofinanzierung

### 1. Antragsteller/in

Firmenname und Rechtsformennung (lt. Handelsregister)

Ansprechpartner/in | Funktion

Wirtschaftlich Berechtigte

Telefon | Fax | E-Mail

### 2. Branche

Handwerk

Dienstleistungen

Handel

produzierendes Gewerbe

verarbeitendes Gewerbe

IT

Tourismus

Genauere Bezeichnung der Branche | Branchenschlüssel<sup>1</sup>

### 3. Anschrift

gewerblich:

PLZ | Ort | Straße, Hausnummer | Landkreis / kreisfreie Stadt

privat:

PLZ | Ort | Straße, Hausnummer | Landkreis / kreisfreie Stadt

<sup>1</sup> Bitte geben Sie den 5-teiligen Branchenschlüssel (NACE-Code) des Statistischen Bundesamtes an (www.nbank.de)

**4. Angabe zum/zur Geschäftsinhaber/in und seines/ihrer Ehepartners, des / der maßgeblichen Gesellschafter(s/in) sowie des / der Gesellschafter – Geschäftsführer(s/in) und deren Ehepartner/in**

Name	a) Antragsteller/in	Geburtsdatum	Familienstand / Güterstand / Anzahl und Alter der Kinder
Name	b) Ehepartner/in		
a)			
b)			
a)			
b)			
a)			
b)			

Zuletzt ausgeübte Tätigkeit	Bruttoeinkommen		Ausbildungen, Prüfungen (Meister o.ä.)
a) Antragsteller/in	p.a.	TEUR	
b) Ehepartner/in			
a)			
b)			
a)			
b)			
a)			
b)			

**5. Firmendaten (bitte HR-Auszug beifügen)**

Datum der Gründung:	Datum der Geschäftseröffnung / -übernahme:
---------------------	--

**6. Angaben über das Gewerbeobjekt (bitte Fotos beifügen)**

(Bei Eigentumsverhältnis bitte Grundbuchauszug beifügen, bei Miet-/Pachtverhältnis bitte Miet-/Pachtvertrag beifügen.)

Bei Miet-/Pachtverhältnis Vertragslaufzeit	Monatliche Miete EUR
--	-------------------------

Aufteilung der Betriebsfläche in m <sup>2</sup> (z. B. Produktions-, Lager-, Bürobereich)
---

**7. Beschäftigte**  
(inkl. Antragsteller/in)

	Vollzeit	Teilzeit	Auszubildende
Vor der Maßnahme			
Nach der Maßnahme			

**8. Einzelumsatz der letzten 2 abgelaufenen Geschäftsjahre (bei Existenzgründungen: Planumsatz)**

Jahr	Umsatz	Betriebsergebnis	Jahr	Umsatz	Betriebsergebnis
	EUR	EUR		EUR	EUR

**9. Unternehmensphase**

- Existenzgründung     
  Existenzsicherung/-erweiterung     
  Unternehmensnachfolge  
 Wachstum / Expansion     
  Turnaround

**10. Investitionsvorhaben**

- Seed-Finanzierung     
  Start-up Finanzierung  
 Bridge-/ vorbörsliche Finanzierung     
  Expansions- / Wachstumsfinanzierung

Investitionsort	Landkreis / kreisfreie Stadt
-----------------	------------------------------

**11. Beschreibung des Investitionsvorhabens**

**12. Steuerliche Situation / Sozialversicherung**

Bestehen Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt oder den Sozialversicherungsträgern? Welche Zahlungsvereinbarungen sind ggf. getroffen worden?

**13. Angaben über sonstige, aus den Steuerbilanzen nicht ersichtliche, gewerbliche Haftungen / Schuldverhältnisse**

z. B. Leasingverträge, Teilzahlungsfinanzierungen usw. mit Angabe der Restlaufzeit

#### 14. Waren oder sind Zwangsmaßnahmen eingeleitet?

(Mahnbescheid, Insolvenzverfahren, eidesstattliche Versicherung gemäß § 807 ZPO o.ä.)

nein  ja Falls ja, bitte erläutern

#### 15. Bestehen Rechtsstreitigkeiten?

nein  ja Falls ja, bitte erläutern

#### 16. Auftragsbestand

(Spezifizierbar nach wesentlichen Beträgen und Kunden)

#### 17. Analyseunterlagen

Weitere Unterlagen anhand der Anlage „Checkliste“ zum hiesigen Antrag werden ergänzend eingereicht.

## 18. Erklärung des Antragstellers / der Antragstellerin

Ich bestätige/Wir bestätigen die Vollständigkeit und Richtigkeit der in diesem Antrag und in den eingereichten Unterlagen gemachten Angaben. Die Produktinformation habe ich/haben wir zur Kenntnis genommen und mit den derzeit gültigen Bedingungen erkläre ich mich/erklären wir uns einverstanden. Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, die NBank/NKB über wesentliche Änderungen der zu diesem Antrag gemachten Angaben, die während der gesamten Laufzeit der Beteiligung eintreten, unverzüglich und unaufgefordert in Kenntnis zu setzen. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Beteiligungsangebot nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel gemacht werden kann und die Beteiligungskonditionen zum Zeitpunkt der Erteilung der Beteiligungszusage festgelegt werden.

### Geltende EU-Verordnung

„Mir/Uns ist bekannt, dass sich an dem beantragten Finanzierungsmitteln der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligen kann und dass in diesem Falle die Verordnung (EU) 1303/2013 des Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 (Amtsblatt der EU Nr. L 347 vom 20.12.2013, S. 320-469) in Verbindung mit den Verordnungen (EU)

- 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 (Amtsblatt der EU Nr. L 347 vom 20.12.2013, S. 289-302)

- 1299/2013 des Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 (Amtsblatt der EU Nr. L 347 vom 20.12.2013, S. 259-280) in der jeweils aktuellen Fassung Anwendung findet.

### Datenspeicherung und –verarbeitung

Mir/uns ist bekannt, dass die NBank/NKB und die im Einzelfall einzuschaltenden fachkundigen Stellen alle in diesem Antrag angegebenen personenbezogenen und sonstige Daten zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und soweit dies zur Aufgabenerfüllung der NBank/NKB und der einzuschaltenden Stelle erforderlich ist, erheben, elektronisch verarbeiten, speichern und einander übermitteln sowie auswerten.

Die zur Verfügung gestellten Daten werden nicht an Dritte weitergegeben, soweit ich/wir der NBank/NKB und/oder der fachkundigen Stelle dazu nicht eine entsprechende Einwilligung erteilt habe/erteilt haben. Darüber hinaus kann eine Übermittlung an auskunftsberechtigte staatliche Institutionen und Behörden erfolgen, soweit die NBank/NKB und/oder die fachkundige Stelle aufgrund der einschlägigen Gesetze bzw. eines Gerichtsbeschlusses zu einer solchen Übermittlung berechtigt und/oder verpflichtet ist/sind (z.B. Prüfstellen wie dem Landesrechnungshof oder dem Europäischen Rechnungshof). Die NBank/NKB und die fachkundigen Stellen und ggfs. von ihr beauftragte Dienstleistungsunternehmen sind zur Verschwiegenheit und zur Einhaltung der Datenschutzbestimmungen verpflichtet.

Mir/Uns ist ferner bekannt, dass das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, das Niedersächsische Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung als auch die Europäische Kommission verpflichtet sind, sich aus der Antragsstellung und der Förderung ergebene Daten zu speichern und ggf. an Prüfstellen (z.B. Landesrechnungshof, Europäischer Rechnungshof) herauszugeben.

Ich erkläre mich/Wir erklären uns bis auf Widerruf damit einverstanden, dass die aus dem Antrag ersichtlichen Daten vom Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, der zuständigen Behörde in der Bundesrepublik Deutschland sowie der NBank/NKB, der Niedersächsischen Staatskanzlei, als auch der Europäischen Kommission auf Datenträgern in anonymisierter Form für Zwecke der Statistik und Erfolgskontrolle der Förderung verarbeitet und gespeichert werden.

Darüber hinaus bin ich/sind wir damit einverstanden, dass die in diesem Antrag erfassten Daten von der NBank/NKB für Zwecke der Statistik an den Bundesverband deutsche

Kapitalbeteiligungsgesellschaften e.V. Berlin (BVK) übermittelt werden.

Ich/Wir sind einverstanden mit der Nutzung und Verlinkung unseres Firmenlogos auf der Internetseite der NBank/NKB.

Trifft zu  Trifft nicht zu

### Veröffentlichung im Begünstigtenverzeichnis

Ich erkläre mich/ Wir erklären uns damit einverstanden, dass das Projekt in das Verzeichnis der Begünstigten (Art. 115 (2) i.V.m. Anhang XII Ziffer 1 VO (EU) 1303/2013 aufgenommen wird. Neben der Bezeichnung und einer Beschreibung des Projektes werden auch der Durchführungszeitraum, Standort und mein/unser (Firmen-)Name und der Betrag der für dieses Projekt bereitgestellten öffentlichen Beteiligung in das Verzeichnis aufgenommen und veröffentlicht. Bei Streichung der Nichtzustimmung zu dieser Erklärung wird eine Förderung des Projekts nicht erfolgen (Art. 115 (2) VO (EU)1303/2013)

Trifft zu  Trifft nicht zu

### Subventionserhebliche Tatsachen

Mir/Uns ist bekannt, dass folgende in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist:

1. Angaben zum Antragsteller/Antragstellerin
2. Angaben zum Unternehmen
3. Investitions- und Finanzierungsplan

In den Anlagen zum Antrag:

4. Wirtschaftliche Verhältnisse
5. Vorhabens- und Unternehmensbeschreibung / Konzept
6. Checkliste
7. Selbstauskunft
8. Die Angaben in den Unterlagen, die diesem Antrag beizufügen sind.

Mir/Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes (SubVG) vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

Mir/Uns sind auch die nach § 3 SubVG bestehenden Mitteilungspflichten bekannt, wonach unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen sind, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen einer Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass nachträgliche Änderungen zu Angaben, die in diesem Antrag als subventionserhebliche Tatsachen bezeichnet werden ebenfalls subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 StGB sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass eine Förderung des gleichen Vorhabens mit EU-Mitteln anderer Bundes- und Landesprogramme ausgeschlossen ist. Des Weiteren ist mir/uns bekannt, dass die Kombination mit anderen öffentlichen Förderprogrammen, die keine EU-Mittel enthalten grundsätzlich möglich ist und die Summe der öffentlichen Förderzusagen dabei die Summe der förderfähigen Anwendungen nicht überschreiten darf.

Ich/Wir habe(n) davon Kenntnis genommen, dass unrichtige oder unterlassene Angaben über subventionserhebliche Tatsachen als Subventionsbetrug nach § 264 des Strafgesetzbuches strafbar sind.

Trifft zu  Trifft nicht zu

### Rückforderung von Zuwendungen

Ich erkläre/Wir erklären, dass mir/uns bis heute bewilligte Zuwendungen, sei es von der NBank, einer anderen staatlichen Stelle oder der Europäischen Kommission

- a. bisher nicht wegen formeller und/oder materieller Rechtswidrigkeit (insbesondere wegen Unvereinbarkeit mit dem EU-Beihilferecht nach Art. 107, 108 Vertrag über die Arbeitsweise der EU) aufgehoben und zurückgefordert wurden oder
- b. im Falle einer diesbezüglichen Rückforderungsentscheidung vollständig zurückgezahlt wurden.

Trifft zu  Trifft nicht zu

Mir/Uns ist bekannt, dass eine Auszahlung solange unterbleibt, bis die erhaltene Zuwendung vollständig und nach Maßgabe des jeweiligen Rückforderungsbescheides zurückgezahlt wurde. Vorstehende Erklärung ist eine subventionserhebliche Tatsache. Mir/Uns ist insoweit ebenfalls bekannt, dass ich/wir jede zukünftige Abweichung meiner/unserer vorstehenden Angaben unverzüglich der NBank/NKB mitteilen muss/müssen. Dazu gehören auch zukünftig ergehende Rückforderungsentscheidungen oben genannter Stellen.

### Doppelförderungsverbot

Ich erkläre/Wir erklären, dass das Projekt oder Teile davon nicht mit EU-Mitteln anderer Bundes- und Landesprogramme gefördert wird bzw. hierfür kein weiterer Antrag gestellt wurde. Mir/Uns ist bekannt, dass eine Inanspruchnahme dieser weiteren Mittel den Tatbestand einer unzulässigen Doppelförderung des Projekts erfüllen würde und eine Förderung somit nicht erfolgen kann.

Trifft zu  Trifft nicht zu

### Vorfinanzierungsverbot

Ich erkläre/ Wir erklären, dass die beantragte Beteiligung nicht zur Anfinanzierung eines Zuschusses gemäß Art.37(9) VO (EU) Nr. 1303/2013 dient.

Trifft zu  Trifft nicht zu

### Erklärung gemäß GeldwäscheGesetz

Nach den Bestimmungen des § 154 der Abgabenordnung sowie den Vorschriften des Geldwäschegesetzes bin ich/sind wir verpflichtet eine Legitimationsprüfung durchführen zu lassen.

Ich bestätige/Wir bestätigen die korrekten Angaben zu den wirtschaftlich Berechtigten. Die/Der wirtschaftlich Berechtigte im Sinne des § 3 des Geldwäschegesetzes ist die natürliche Person, in deren Eigentum oder unter deren Kontrolle der Antragsteller letztlich steht, oder die natürliche Person, auf deren Veranlassung eine Transaktion letztlich durchgeführt oder eine Geschäftsbeziehung letztlich begründet wird. Bei Gesellschaften sind dies alle natürlichen Personen, die direkt oder indirekt mehr als 25% der Anteile oder der Stimmrechte an einer nicht-börsennotierten juristischen Person etc. halten bzw. kontrollieren. Bei rechtsfähigen Stiftungen und Treuhandverhältnissen sind dies insbesondere alle natürlichen Personen, die 25% oder mehr des Vermögens kontrollieren.

Ich bestätige/Wir bestätigen, dass ich/wir keine politisch exponierte Person i.S.d. § 1 Absatz 12 – 14 Geldwäschegesetz-GWG i.d.F. v. 23.06.2017 bin/sind.

1. Eine natürliche Person, die ein hochrangiges, wichtiges öffentliches Amt auf internationaler, europäischer oder nationaler Ebene ausübt oder ausgeübt hat (z. B. Staatschefs, Regierungschefs, Minister, stellvertretende Minister und Staatssekretäre, Parlamentsmitglieder, Mitglieder von obersten Gerichten; Mitglieder der Rechnungshöfe, oder Vorstände von Zentralbanken; Botschafter, Geschäftsträger und hochrangige Offiziere der Streitkräfte; Mitglieder der Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgane).

Hierbei gelten öffentliche Ämter unterhalb der nationalen Ebene i.d.R. nur dann als wichtig, wenn deren politische Bedeutung mit der, ähnlicher Positionen auf nationaler Ebene vergleichbar ist.

2. Jedes unmittelbare Familienmitglied dieser natürlichen Person (Ehepartner; Partner, die nach einzelstaatlichen Recht dem Ehepartner gleichgestellt sind; Kinder und deren Ehepartner oder Partner; Eltern),

3. Jede politisch exponiertere Person bekanntermaßen nahestehende Person (natürliche Person mit denen die politisch exponierte Person gemeinsame wirtschaftliche Eigentümerin von Rechtspersonen oder Rechtsvereinbarungen ist oder sonstige enge Geschäftsbeziehungen unterhält; natürliche Personen, die alleinige wirtschaftliche Eigentümer einer Rechtsperson oder Rechtsvereinbarungen sind, die bekanntermaßen tatsächlich zum Nutzen der politisch exponierten Person errichtet wurden).

Trifft zu  Trifft nicht

### Steuergeheimnis und Risikobewertung

Ich entbinde/Wir entbinden die Finanzbehörden von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses gemäß § 30 der Abgabenverordnung gegenüber den mit dem Beteiligungsverfahren bzw. mit der Verwaltung von Regressforderungen aus dem Beteiligungsengagement befassten Stelle. Die Befreiung des Steuergeheimnisses gilt bis zur Rückzahlung der Beteiligung bzw. bis zum Erlöschen sämtlicher Forderungen aus der Garantieinanspruchnahme.

Ferner willige ich/willigen wir ein, dass die NBank/NKB berechtigt ist, bei Vertragseingehung und zur Weiterentwicklung der Risikobewertung und –steuerung (z.B. Scoring/Rating) Bonitätsdaten (z.B. Scorewerte) über mich/uns bei Dritten (z.B. Creditreform AG oder Schufa) einzuholen, elektronisch zu verarbeiten, speichern und zu nutzen und den im Verfahren beteiligten Stellen Daten aus der Anfrage-/Antragsbearbeitung und Beteiligungsmanagement sowie diesbezügliche Entscheidungen zu übermitteln.

Trifft zu  Trifft nicht zu

### De-minimis

Ich/Wir haben eine Auskunft im Sinne der „De-minimis“-Erklärung abgegeben und das Formular diesem Antrag als Anlage beigefügt (dies gilt nur bei der Beantragung von Offenen Beteiligungen nach der De-minimis-Verordnung)

---

Ort/Datum

---

Rechtsverbindliche Unterschrift der/des Antragstellers/in

### **19. Unterlagen / Anlagen zum Antrag auf NBeteiligung**

- Handelsregisterauszug
- Checkliste
- KMU-Erklärung (vom Antragsteller und Stb. unterzeichnet)
- Falls erforderlich: „De-minimis“-Erklärung (im Original)